

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 20.09.2007
Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesend sind:

Stellv. Ausschussvorsitzende: Sabine Mietz-Hüttel

Ausschussmitglieder: Anne Bödecker
Axel Homfeldt
Janto Just
Helena Kathmann
Utta Schüder
Elfriede Schwitters
Henrik Ufken
Doris Wolken

ber. Ausschussmitglieder: Ulrich Heimes
Falk Janßen
Elke Kortendieck
Florian Janssen

Von der Verwaltung
nehmen teil: Bürgermeister Gerhard Böhling
StOR Anja Müller
StAR Elke Idel
Gleichstellungsbeauftragte Doris Fuhlbohm

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
Stellv. Vorsitzende Mietz-Hüttel eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Stellv. Vorsitzende Mietz-Hüttel stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung
Stellv. Vorsitzende Mietz-Hüttel stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 24. 05. 2007 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

- 5.1. Frau Renate Mögling fragt nach dem Sachstand der Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses

BM Böhling erläutert hierzu, dass die Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses für das Jugendgruppenheim am Klosterpark beantragt wurde. Hierunter versteht man jedoch kein Mehrgenerationenhaus im Sinne einer alternativen Wohnform, sondern Vernetzung von Vereinen und sozialpädagogischer Begleitung. Der erste Antrag wurde seitens des Landes abgelehnt, weil der Bund die Zuständigkeit übernommen hat. Auf Beschluss des Ausschusses wurde der Antrag nicht erneuert, da das Jugendgruppenheim bereits von vielen Vereinen und Institutionen genutzt wird und ein städtischer Eigenanteil an der Finanzierung erforderlich gewesen wäre. Im Rahmen der Bauleitplanung soll jedoch die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern im Sinne der o. g. Wohnform berücksichtigt werden.

- 5.2. Herr Heimes fragt nach der Einrichtung der Stelle eines Schulsozialarbeiters an der Hauptschule Schortens und bittet um Finanzierung einer weiteren halben Stelle, wenn die Hauptschule Schortens eine halbe Stelle bewilligt bekommt. Hierdurch könnten Grundschulen, die in Trägerschaft der Stadt Schortens stehen, auch betreut werden.

BM Böhling führt hierzu aus, dass die Einrichtung und Finanzierung der pädagogischen Stellen an den Schulen Aufgabe des Landes ist.

Schulangelegenheiten

6. Rahmenvereinbarung mit dem RUZ Schortens e.V. für ein Energiesparprojekt an Grundschulen **SV-Nr. 06/0184**

StAR Idel erläutert den Beschlussvorschlag und berichtet über ein Gespräch mit dem Energienetzwerk NordWest, die das Projekt begleiten. Auch der Landkreis Friesland steht dem Projekt positiv gegenüber und will sich entsprechend beteiligen.

Auf Nachfrage von RM Bödecker, warum sich nicht alle Schortenser Grundschulen an dem Projekt beteiligen, wird mitgeteilt, dass hierum in der kürzlich stattfindenden Schulleiterbesprechung erneut geworben wird. RM Schüder führt hierzu ergänzend aus, dass an Schulen bereits Energiesparprojekte, wie z.B. „Licht aus“ laufen und die Pädagogen aufgrund der ständig neuen Anforderungen an Schulen stark beansprucht sind. Sie fragt daher an, warum das Projekt nicht an allen Schortenser Gebäuden, wie z.B. Rathaus, umgesetzt wird.

StOR Müller teilt hierzu mit, dass die Betreuung durch das RUZ nicht für alle Gebäude personell geleistet werden kann. BM Böhling führt ergänzend hierzu aus, dass bereits durch investive Maßnahmen, wie Neubau Heizung Rathaus und Dämmung Erdgeschoss Rathaus, Energie eingespart wird.

Weiterhin wird im Rathaus konsequent das Licht außerhalb der Öffnungszeiten auf den Fluren ausgeschaltet.

Ber. AM Heimes regt eine höhere Reinvestition der Einsparung in energiesparende Maßnahmen an und beantragt eine stärkere Einbeziehung der Eltern. Ber. AM Kortendiek teilt hierzu mit, dass die Eltern im Rahmen des Schulvorstandes beteiligt sind.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Rahmenvereinbarung mit dem Regionalen Umweltzentrum Schortens e.V. zur Durchführung eines Energiesparprojektes an den Grundschulen der Stadt Schortens wird beschlossen.

Jugendangelegenheiten

7. Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Friesland und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden vom 19. 12. 1994 **SV-Nr. 06/0189**

StOR Müller erläutert den Beschlussvorschlag unter Hinweis auf den bestehenden Vertrag (siehe Ortsrecht Ziffer 1.10.2.13).

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Friesland und den kreisangehörigen Städten/Gemeinden vom 19. 12. 1994 wird beschlossen.

8. Kinder- und Jugendspielplätze **SV-Nr. 06/0217**

RM Schüder erläutert den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und teilt mit, dass die seitens der Verwaltung eingereichte Aufstellung der Spielplätze und Jugendtreffs nicht Anliegen des Antrages war. Es sollte vielmehr seitens der Verwaltung ermittelt werden, wo bespielbare und bespielte Flächen außerhalb der Regelungen des Nds. Spielplatzgesetzes vorhanden sind. Dieses könnte ggf. auch im Rahmen der Neufestsetzung der B-Pläne erfolgen.

BM Böhling erläutert hierzu, dass der Antrag seitens der Verwaltung richtig verstanden wurde und daher die bereits vorhandenen Flächen aufgelistet wurden. Eine darüber hinaus gehende Kartierung von Flächen beinhaltet einen immensen Verwaltungsaufwand, so dass der Ausschuss grundsätzlich entscheiden muss, ob dieses gewünscht und welche Schlussfolgerung hieraus gezogen werden soll. Die Beteiligung der Jugendlichen erfolgt im Rahmen des Jugendforums. Hier ergaben sich keine Wünsche nach weiteren Flächen. Auch wird der Mehrgenerationenplatz am Brauerpark insbesondere von Erwachsenen nicht gut angenommen.

RM Bödecker verweist darauf, dass seitens des Streetworkers aufgezeigt werden kann, wo sich Jugendliche tatsächlich treffen und sich an anderen Stellen „geordnet“ treffen können.

Seitens RM Homfeldt stellt die Sinnhaftigkeit der Aufgabe in Frage. Seitens der Jugendlichen wurden keine Anfragen nach Flächen gestellt, so dass zunächst eine Bedarfsermittlung im Rahmen des Jugendforums erfolgen sollte. Weiterhin sind bei freien Flächen die Eigentumsverhältnisse zu berücksichtigen.

Ber. AM Florian Janssen unterstützt die Auffassungen von BM Böhling und RM Homfeldt. Auf dem Jugendforum sind keine Wünsche nach Flächen für Treffpunkte, sondern eher der Wunsch nach einem Kino geäußert worden. Jugendliche, die in Vereinen aktiv sind, haben dort ihre Treffpunkte. Die Jugendlichen mit sozialen Problemen sind dem Streetworker bekannt.

Ber. AM Heimes beantragt die Markierung der freien Flächen in den vorhandenen Datenbanken der Stadt. Weiterhin verweist er auf die Notwendigkeit von vernetzten Spielflächen und Freiräumen.

BM Böhling verweist darauf, dass Herr Heimes in Jugendangelegenheiten kein Stimm- und Antragsrecht hat, sondern mit Zustimmung des Ausschusses Fragen stellen kann wie andere Einwohner auch.

RM Schüder gibt zu Bedenken, dass die Jugendforen schlecht angenommen werden und aufgrund der Beschwerden von Schulanliegern davon auszugehen ist, dass freie Flächen insbesondere für Jugendliche nicht ausreichend vorhanden sind.

StOR Müller teilt mit, dass die Ergebnisse der Jugendbefragung und ein Bericht des Streetworkers in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

RM Schüder zieht den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurück.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Über eine weitere Erfassung von beispielbaren Flächen wird nach den Berichten zu der Jugendbefragung und des Streetworkers in der nächsten Sitzung des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses beraten.

9. Änderung der Entgeltordnung für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätten der Stadt Schortens **SV-Nr. 06/0205**

StAR Idel erläutert den Beschlussvorschlag und beantwortet die Fragen von RM Bödecker hinsichtlich der Beitragsfreiheit für Sonderöffnungszeiten und Rückerstattung des Beitrages bei Einschulung von „Kannkindern“. Auch diese werden vom Land bezuschusst.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigelegte Anlage zur Entgeltordnung der Stadt Schortens vom 27.09.2007 über die Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätten der Stadt Schortens wird beschlossen.

Sozialangelegenheiten

10. Familienpatenschaften **SV-Nr. 06/0190**

StOR Müller erläutert den Beschlussvorschlag, welcher auf dem anliegenden in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Fuhlbohm entwickelten Konzept beruht. Wichtig ist insbesondere, keine Konkurrenz zu freien sozialen Diensten und der freien Wirtschaft aufzubauen, sondern ein niedrigschwelliges Angebot unter qualifizierter Begleitung durch Fachkräfte anzubieten. Eine hauptamtliche Begleitung ist insbesondere aus dem Grund wichtig, um Ehrenamtliche bei Abgrenzungsproblemen zu unterstützen. Auch eine Schulung der Ehrenamtlichen ist unerlässlich. Das Projekt könnte ab Juni 2008 umgesetzt werden.

Auf Nachfrage von RM Bödecker, welche hauptamtliche Person in der Verwaltung die Aufgabe übernehmen soll, wie eine Akquise der Ehrenamtlichen und im Verlauf die Kontaktherstellung abgewickelt werden soll, erläutert StOR Müller, dass die Ehrenamtlichen ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen. Wünschenswert wäre eine entsprechende Vorbildung. Auf jeden Fall soll eine Schulung durch die KVHS erfolgen, wobei der Eigenanteil der Schulungskosten bei späterer ehrenamtlicher Tätigkeit durch die Stadt erstattet wird. Die Erstgespräche und Kontaktherstellung erfolgt über die hauptamtliche Kraft mit späterer enger Begleitung. BM Böhling führt hierzu ergänzend aus, dass eine Mitarbeiterin der Stadt, welche Sozialpädagogin ist, die Aufgabe übernehmen könnte.

RM Schüder begrüßt das Angebot, hält eine Anknüpfung an der Verwaltung für schwierig, da Bürger oft Hemmschellen haben. Es könnte daher auch eine Anknüpfung an die noch nicht eingerichtete Stelle Sozialpädagoge Hauptschule Schortens erfolgen.

RM Wolken spricht sich für das Konzept aus und regt eine Kontaktaufnahme zu dem Dorfhelferinnenwerk und der Ländlichen Erwachsenenbildung an.

RM Homfeldt dankt für das gute Konzept für diese komplexe Aufgabe. Er verweist darauf, dass es sich hierbei weder um Therapie, Kontroll- oder Berichtsinstanz an die Verwaltung handelt, sondern um organisierte Nachbarschaftshilfe und so auch verstanden werden sollte.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Das beigelegte Konzept zur Einrichtung von Familienpatenschaften wird

beschlossen. Die Mittel sind in den Haushalt 2008 einzustellen.

11. Seniorenbeirat **SV-Nr. 06/0199**

RM Bödecker erläutert den Antrag der SPD-Ratsfraktion und begründet diesen damit, dass ein Seniorenbeirat

- Interessenvertretung der Älteren
- Hilfestellung für Senioren
- niedrigschwelliges Angebot für Informationen für Ältere
- sowie politisch völlig unabhängig

ist.

RM Homfeldt spricht sich im Namen der Mehrheitsgruppe aus bekannten Gründen gegen den Antrag aus. Auf Nachfrage von Frau Mögling, dass es zwar viele ältere Ratsmitglieder gibt, diese jedoch nicht unter dem Blickwinkel von Senioren zu entscheiden haben, ergänzt RM Homfeldt, dass aus seiner Sicht zusätzliche Gremien nicht erforderlich sind, da bereits entsprechende Interessenvertretungen und Beratungsstellen, wie die Arbeitsgemeinschaft 60 plus, existieren, die hervorragende Arbeit leisten.

Es wird mehrheitlich empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Stadt Schortens richtet keinen Seniorenbeirat ein.

12. Diskussionsforum "Leben und Wohnen im Alter" **SV-Nr. 06/0219**

RM Schüder erläutert den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und teilt mit, dass dieses Forum in Anlehnung an das Jugendforum von Fachkräften begleitet werden sollte. Eine Förderung könnte über die Bertelsmann-Stiftung und unter Beteiligung bereits vorhandener Institutionen erfolgen.

RM Kathmann schlägt vor, die Gruppe in den Leitbildprozess einzugliedern. RM Homfeldt unterstützt diese Idee und beantragt die Angliederung an den Stadtmarketingbeirat.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Stadt Schortens befürwortet eine öffentliche Diskussion zum Thema „Leben und Wohnen im Alter“. Die Vorbereitung eines Diskussionsforums soll im Stadtmarketingbeirat erfolgen.

13. Haushalt 2008 für den Produktbereich 12 - Schulen und Jugend
SV-Nr. 06/0220

StAR Idel erläutert den Beschlussvorschlag und ergänzt, dass die Eck-

wertüberschreitung sich aufgrund der eben beschlossenen Einrichtung der Familienpatenschaften um 2.400 € Sachkosten erhöhen müsste.

Es wird einstimmig empfohlen:

Das laufende Budget 2008 (FIN) des Produktbereichs 12 wird mit – 992.000 € anerkannt, der Eckwert von -860.200 € wird um 131.800 € überschritten.

Das Investitionsbudget 2008 wird mit – 796.300 € anerkannt. Der Eckwert wird damit um 44.800 € überschritten. Der Turnhallen-Neubau für die Grundschule Jungfernbusch wird im PB 12 und nicht wie im Eckwert vorgesehen im PB 13 veranschlagt. Das Investitionsprogramm für die Jahre 2008 –2011 - wie in der Anlage dargestellt - wird anerkannt.

14. Budgetbericht Produktbereich 12 - Schulen und Jugend **SV-Nr. 06/0200**

StAR Idel erläutert den Bericht. Der Ausschuss nimmt diesen zur Kenntnis.

15. Anfragen und Anregungen:

15.1. RM Schüder fragt nach dem Sachstand "Willkommen im Leben"

StOR Müller teilt mit, dass die Informationsmappe zu 50% fertig ist. Leider sind die zur Verfügung gestellten Informationen nicht so umfangreich, so dass das Layout in DIN A 5 gebunden sein wird.

15.2. RM Schüder bittet um Mitteilung der Rechtsgrundlagen zur Einrichtung von "Mehrgenerationenspielplätzen"

15.3. RM Schüder fragt nach der Möglichkeit der Einrichtung einer Gesamtschule in Schortens

BM Böhling teilt mit, dass rechtzeitig Gespräche mit dem Landkreis geführt werden. Zurzeit gebe es jedoch keine entsprechende Rechtsgrundlage.

RM Bödecker teilt hierzu mit, dass sie nicht davon ausgeht, dass eine Gesamtschule in Schortens eingerichtet wird, da andere Schulen des Schulstandortes nicht gefährdet werden dürfen. Sie geht eher davon aus, dass die Integrierte Gesamtschule Wilhelmshaven bis auf sechs-zügig aufgestockt wird.